



BERLINER  
**EINBLICKE #58**  
 FÜR KÖLN, FÜR SIE.

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kölner Süden und Westen informiert

Ende März 2018

## Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freunde!

Der Laden läuft wieder: Die neue Bundesregierung steht, Kanzlerin und ihre 15 Ministerinnen und Minister sind vereidigt und auch ich habe eine neue Aufgabe im Deutschen Bundestag: Vergangene Woche hat mich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit einer Mehrheit von 96,5 % zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz nominiert und auch der Ausschuss folgte diesem Vorschlag ohne Gegenstimme. Ich freue mich über dieses Vertrauen und natürlich auf die Arbeit, die nun folgt!

Fast ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl ist die Neuaufgabe der großen Koalition nun besiegelt. Ein weiter so könne und werde es aber nicht geben, betonte die Bundeskanzlerin in ihrer ersten, durchaus beachtenswerten, Regierungserklärung. Mehr darüber gibt es im Querblick dieser Ausgabe zu lesen. Ein weiter so wird es darüber hinaus aber auch auf EU-Ebene nicht geben – zumindest will das die EU-Kommission nicht, die die Eurostaaten künftig besser vor Finanzkrisen schützen möchte. Welchen Vorschlag sie macht und was ich darüber denke, lesen Sie im **Nahblick**.

Aber noch einmal zurück in die deutsche Politik: Nicht nur bei der Kanzlerin sind aller guten Dinge vier – auch unser Kölner Parteivorsitzende Bernd Petelkau wurde inzwischen zum vierten Mal in seinem Amt bestätigt. Auch an dieser Stelle ihm und dem gesamten neu gewählten Vorstand noch einmal herzlichen Glückwunsch! Sie konnten es in den letzten Wochen in den Zeitungen lesen, gegen ihn und auch mich wurden öffentlich Vorwürfe erhoben. Ich habe stets betont, dass diese Vorwürfe unbegründet sind. Nun hat das Kölner Parteigericht entschieden und mir offiziell Recht gegeben. Mehr zu den Hintergründen erfahren Sie im

### Seitenblick.

Eine endgültige Entscheidung über die Frage „Gehört der Islam zu Deutschland?“ würden sich hier in Berlin auch einige Politiker wünschen. Ich werde mich an dieser abstrakten Diskussion nicht weiter abarbeiten, weil ich sie für realitätsfern und wenig hilfreich halte. Die entscheidende Frage ist nicht, ob der Islam dazugehört, sondern wie wir mit dem Islam in Deutschland umgehen! Wie können wir Muslime in unsere Gesellschaft besser integrieren und welche Instrumente müssen wir anwenden, um uns gegen den Islam zu wehren, der



Ende März und es schneit in Berlin! Aber zumindest im Büro ist der Frühling eingezogen ... Wofür es die Blumen gab, lesen Sie im **Augenblick**.

einen politischen Machtanspruch hat. In Deutschland ist kein Platz für Antisemitismus und religiöses Mobbing auf Schulhöfen. Wer in unserem Land lebt, muss sich an unsere Werte halten und dazu gehört im Wesentlichen die Religionsfreiheit! Ich hoffe deshalb, dass der Posten des (oder der) neuen Beauftragten der Bundesregierung für Religionsfreiheit sehr bald besetzt wird.

Selbst, wenn Sie nicht Teil der Facebook-Gemeinde sind, kamen Sie in den letzten Tagen wohl kaum an der Diskussion um den Online-Netzwerk-Giganten vorbei. Auch mich treibt die Frage um, wie wir die Daten-Sammelleidenschaft von Facebook regulieren können, damit kein Missbrauch entsteht. Im Rundblick lesen Sie mehr dazu.

Für heute wünsche ich Ihnen und Euch allen  
 Frohe Ostern!

Herzliche Grüße

Ihr 

## Auf dem Weg zu einer stärkeren Eurozone

*„Bei der letzten Krise waren wir nicht vorbereitet.“*

Diesen Satz hat der EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger neulich in Brüssel gesagt. Gemeint hat er damit die Krise der gesamten Eurozone zwischen 2008 und 2012 mit ihren Milliarden-Rettungspaketen für Spanien, Portugal, Irland, Zypern und Griechenland. Damit so etwas in der Form nie wieder passiert, hat die EU-Kommission gleich eine ganze Reihe an Instrumenten vorgeschlagen, mit deren Hilfe die Eurozone weniger anfällig für Finanzkrisen gemacht werden kann. Eines dieser Instrumente ist ein „Europäischer Währungsfonds“ (EWF).

Bisher gibt es den ESM, den Europäischen Stabilitätsmechanismus (oder kurz Eurorettungsschirm), eine zentrale Säule der Währungsunion. Er wurde 2012 als unabhängige Institution außerhalb des EU-Rechts in einem zwischenstaatlichen Vertrag der Mitgliedstaaten der Eurozone gegründet. Der ESM kann Mitgliedstaaten des Euroraums, die in eine Notsituation geraten sind, Finanzhilfen zur Verfügung stellen. Als Gegenleistung muss der Staat ein Reform- und Anpassungsprogramm mit strikten Auflagen akzeptieren.

Mit der Weiterentwicklung des ESM zum EWF wäre nicht mehr der Internationale Währungsfonds in Washington (IWF) die entscheidende Rettungsinstitution für kriselnde EU-Länder, sondern eben ein Europäischer Währungsfonds. Ein EWF, welcher Krisenstaaten wie zum Beispiel Griechenland im Notfall durch Hilfspakete rettet oder notleidende Banken wie zum Beispiel in Italien.

Ein ehernes Ziel - aber die

Idee, die übrigens ursprünglich vom ehemaligen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble stammt, sorgt nicht bei allen Fraktionen im Deutschen Bundestag für Begeisterung. So sieht beispielsweise die FDP die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit durch die Einrichtung eines solchen europäischen Fonds verletzt. Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass Brüssel nichts regeln sollte, was auf nationaler Ebene oder darunter geregelt werden kann. Ihr Antrag scheiterte allerdings, denn auch Heribert Hirte konnte in seiner Rede deutlich machen, dass eine Subsidiaritätsrüge der falsche Weg sei, wobei er zugab ebenfalls Bedenken gegenüber dem EWF-Vorschlag zu hegen und deshalb zusicherte, den Vorschlag der EU-Kommission noch einmal näher zu untersuchen.

Genau das haben er und seine Kollegen aus der Arbeitsgruppe Europa der CDU/CSU-Fraktion schließlich auch gemacht. In der kommenden Sitzungswoche werden sie ihren Kollegen aus dem Europaausschuss einen Antrag vorlegen, in dem sie deutlich machen, dass der EWF eine Möglichkeit sein kann, die Struktur der Währungsunion nachhaltig zu verbessern. Dazu gehört auch, dass die EU-Kommission ihrer Kontrollaufgabe als „Hüterin der Verträge“ wieder besser nachkomme.

Allerdings, so betont Heribert Hirte: **„Eine Weiterentwicklung zu einem EWF ist nur dann sinnvoll, wenn der EWF gegenüber dem gegenwärtigen ESM einen wirklichen Mehrwert schafft.“** Dazu gehört, dass Notlagen einzelner Staaten früher als bisher erkannt werden und ein geordnetes Verfahren eingeführt wird, das insolvente Staaten wieder zahlungsfähig macht, ein sogenanntes Insolvenzverfahren für Staaten also, für das sich Heribert Hirte schon lange einsetzt.

„Bisher kann ich in dem Vorschlag der EU-Kommission zum EWF noch keinen echten Mehrwert gegenüber dem ESM erkennen“, sagt Heribert Hirte. Wichtige zusätzliche Aufgaben, wie Krisenprävention, Programmüberwachung und Privatsektorbeteiligung, seien im Kommissionsvorschlag nicht enthalten. Einem EWF, der lediglich weitere Risikoteilung in der Eurozone ohne Auflagen ermöglicht, werden er und seine Kollegen aus der Arbeitsgruppe Europa nicht zustimmen, soviel ist sicher. Wichtig ist dem Rechtspolitiker auch, dass im Krisenfall die letzte Entscheidung über die Verwendung der Finanzmittel immer bei den Mitgliedstaaten selbst liegt. Die Beteiligungsrechte der nationalen Parlamente müssen unverändert gewahrt bleiben. Das ist übrigens auch im Koalitionsvertrag ausdrücklich klargestellt. Den Vorschlag der EU-Kommission, dass der EWF eine Stabilisierungsfunktion bei konjunkturellen Krisen eines Mitgliedstaates übernehmen soll, lehnen die Mitglieder der Europagruppe ebenfalls entschieden ab. „Auf solche Krisen müssen die Mitgliedstaaten selbst reagieren“, sagt Heribert Hirte. Andernfalls fehle den Staaten der Anreiz, selbst aus ihrer finanziellen Notlage wieder rauszukommen. Dann bräuchte ein Staat nur abwarten, bis der Europäische Währungsfonds greift, sie gerettet und die Kosten auf andere Mitgliedstaaten überwälzt würden.

Es bleibt abzuwarten, wie der Ausschuss und schließlich der Deutsche Bundestag auf diesen Antrag reagieren und welche Haltung die Bundesregierung zum EWF entwickeln wird. Eines scheint aber sicher: Die Debatte hat gerade erst begonnen. „Sie wird sich das ganze Jahr 2018 hinziehen“, meint Günter Oettinger. Mit dieser Prognose könnte er Recht behalten.

## Kurz informiert

### Kölner CDU-Parteigericht gibt Heribert Hirte Recht

Das Parteigericht der Kölner CDU hat zwei Klagen gegen die Vorstandswahl im Sürther Ortsverband abgewiesen. Die gegen Heribert Hirte öffentlich erhobenen Vorwürfe sind damit erwiesenermaßen haltlos. Mehr über die **Hintergründe erfahren Sie in dieser persönlichen Stellungnahme von Heribert Hirte.**

### Treffen der Denkfabriken Europas

Trump hat gute Chancen, im Jahr 2020 die Wiederwahl zu gewinnen. Das zumindest sagte der erfahrene Politikwissenschaftler James G. McGann Mitte März in Berlin beim European Think Tank Summit in der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zumindest mit seiner Prognose, dass Trump Präsident wird, hatte er schon einmal Recht behalten. „Think Tanks sind das Licht, das in diesen Zeiten die Richtung weist“, sagt McGann. Welche Rolle Think Tanks für die Zukunft der Europäischen Union einnehmen sollten, erzählte Heribert Hirte in seinem Vortrag ebenfalls. Titel seines Vortrags: „Shaping Europe’s future – the role of politics and the role of think tanks“. Mehr darüber lesen Sie [hier](#).

### Sorge um Erzbischöfe aus Syrien

Seit fünf Jahren ist Daniyel Demir, der Bundesvorsitzende der Aramäer in



Daniyel Demir, Bundesvorsitzender der Aramäer in Deutschland, sucht seit fünf Jahren nach zwei entführten syrisch-orthodoxen Erzbischöfen.

Deutschland, auf der Suche nach zwei hochrangigen syrisch-orthodoxen Erzbischöfen aus Aleppo. Im April 2013 wurden die beiden Männer, die in der Region sehr bekannt sind, von Kämpfern des IS entführt. Seitdem fehlt jede Spur und jegliches Lebenszeichen. Heribert Hirte unterstützt im Namen des Stephanuskreises die Aufklärung dieses Falles und traf sich deshalb vergangene Woche mit Demir in Berlin

### Unser Praktikant der Woche



Gleicher Hintergrund, anderer Gast: Vier Wochen hat Claudius Popp das Berliner Team unterstützt, wir danken herzlich für seinen tollen Einsatz!

Eigentlich studiert Claudius Popp Philosophie und Latein auf Lehramt, als Politiklehrer hätte er nach seinem vierwöchigen Praktikum im Berliner Büro aber auch jede Menge Stoff zu erzählen. Hier ein kleiner Einblick: „Mein Praktikum fiel in eine spannende Zeit: Zu Beginn meines Praktikums hatte der Bundestag seine Arbeit gerade erst aufgenommen, es gab noch keine Regierung, ein potentieller Koalitionsvertrag war schon vorgelegt. Die Folgen: Ein allgemeines – teils argwöhnisches – „Beschnuppern“ der neuen Abgeordneten, viele Fragen von Lobbyisten zur Auslegung des Koalitionsvertrags, viele taktische Überlegungen zu Parteien und Posten. Da wird der hohe Wert einer stabilen Regierung deutlich. Und dann in der letzten Woche gab es den Startschuss: Die Unterzeichnung des Koalitionsvertrags und die Wahl der Kanzlerin. Solche Erfahrungen bleiben auf jeden Fall in Erinnerung!“ Seinen ausführlicheren Bericht lesen Sie [hier](#).

## Die Medienschau

Interessant ist dieses Mal, was nicht in bestimmten Medien stand. Denn während der **Kölner Stadt-Anzeiger** und die **Kölnische Rundschau** korrekt über das Urteil des Parteigerichtes im Streit um die OV-Wahl in Sürth berichteten, hat die **Süd-deutsche Zeitung** sich „vorerst entschlossen, eine Veröffentlichung zurückzustellen“. Ein, sagen wir, *interessanter* journalistischer Entschluss, wenn man bedenkt, dass deren Mitarbeiter die Geschichte damals, gespickt mit vielen Vermutungen, öffentlich gemacht hatte.

In der Diskussion um den Missbrauch von Facebook-Daten hat Heribert Hirte im **INFOradio des rbb** die Frage aufgeworfen, ob Facebook seine Marktmacht ausnutzt und die Nutzer mangels alternativer Plattformen ohnehin jeglichen AGBs zustimmen, die Facebook die freie Nutzung unserer Daten ermöglicht. Er forderte deutsche und amerikanische Kartellbehörden, insbesondere aber auch die Europäische Kommission auf, da genauer hinzuschauen. [Das ganze Interview können Sie hier nachhören.](#)

Die öffentliche Empörung über das Verhalten der kuwaitischen Fluggesellschaft Kuwait Airways ist nach wie vor groß. Die Airline weigert sich, Israelis an Board zu nehmen. Zuletzt drohte Verkehrsminister Scheuer (CSU) in der **BILD-Zeitung** dem Unternehmen mit Konsequenzen, wenn sie weiter Juden diskriminiere. Via [Twitter](#) stellte Heribert Hirte jedoch klar: Nicht bei @KuwaitAirways liegt das Problem, sondern beim Staat Kuwait -> Auch keine @Lufthansa & Co. befördert Israelis nach Kuwait City (@airarabiagroup übrigens von Köln auch nirgendwohin)

### Kontakt

Prof. Dr. Heribert Hirte, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 77830  
Fax: 030 / 227 76830

Bürgerbüro:  
Aachener Straße 227  
50931 Köln  
Tel.: 0221 / 589 86 762  
Fax: 0221 / 589 86 765

E-Mail: [heribert.hirte@bundestag.de](mailto:heribert.hirte@bundestag.de)

[Facebook.de/HHirte](https://www.facebook.com/HHirte) [@HHirte](https://www.instagram.com/HHirte) [www.heribert-hirte.de](http://www.heribert-hirte.de)

Sie wollen den Newsletter nicht mehr erhalten? Teilen Sie uns dies gerne mit und wir löschen Ihre Daten umgehend aus dem Verteiler. Selbstverständlich behandeln wir Ihre Daten stets vertraulich und geben sie nicht an Dritte weiter.

## Foto der Woche

Die große Zustimmung seiner Fraktionskollegen bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz hat Heribert Hirte vergangene Woche besonders gefreut! Er folgt damit auf seinen Fraktionskollegen Hendrik Hoppenstedt, der als Staatsminis-

ter ins Kanzleramt wechselte und vertritt nun in seiner neuen Position offiziell den AfD-Abgeordneten Stephan Brandner, über den wir in den vorherigen Berliner Einblicken schon berichtet haben. Mehr über den Rechtsausschuss erfahren Sie [hier](#).

### Stellvertretende Ausschussvorsitz:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz: Prof. Dr. Heribert Hirte MdB

Abgegebene Stimmen	Davon ungültig	Enthaltungen	Ja	Nein	Prozent
202	0	3	192	7	96,5 %

## Querblick

### Das Zitat

*„Zur ganzen Wahrheit gehört, dass wir – ich sage: auch ich – und viele unserer Partner in der EU und der NATO zu lange zu halbherzig reagiert oder einfach gehofft haben, dass uns diese Probleme nicht direkt betreffen werden.“*

Ehrliche Worte von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Es ist nur ein kleiner Ausschnitt ihrer Regierungserklärung, die besonders in diesem Teil, wo sie von der „ganzen Wahrheit“ berichtet, unsere Beachtung verdient! Wer sie noch nicht gehört hat, kann sie [hier](#) nachlesen. (TOP 3 ab Seite 1811.)

## Weitblick

### Die Termine

**Die Ostertage** verbringt Heribert Hirte mit Familie und Freunden, ab Anfang April ist der Bundestagsabgeordnete dann wieder für einige Gespräche in Köln, unter anderem auch mit der Bürgermeisterin Henriette Reker.

**Ab 16. April** beginnt eine neue Sitzungswoche in Berlin, wo auch das Thema Freihandel wieder auf Heribert Hirtes Tagesordnung stehen wird.

**Am 23. April** lädt Heribert Hirte erneut Unternehmens-, Steuerberater und Insolvenzverwalter und deren Berufsverbände nach Berlin ein, um über den europäischen Vorschlag für ein vor-insolvenzliches Sanierungsverfahren zu diskutieren. Aus dem Gespräch soll sich eine [Stellungnahme entwickeln, wie der Vorschlag aus Brüssel noch verbessert werden kann.](#)